

II-1066 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 631 J

A n f r a g e

1987-06-29

der Abgeordneten Mag. Waltraud Horvath, Günter Dietrich

und Genossen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend die Einrichtung von Bildungsmaßnahmen mit dem
Schwerpunkt der Berufsorientierung.

Am 15. Dezember 1986 erging an alle Landesarbeitsämter der Erlaß des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Zl. 36.000/6-III/B/5/86, AZ: 6204/6205 über die baldige Einrichtung von Bildungsmaßnahmen im Bereich der Berufsorientierung im gesamten Bundesgebiet. Grundlage dieses Erlasses war das Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates.

Zur Zeit scheint die Durchführung der im zitierten Erlaß festgelegten Maßnahmen gefährdet zu sein. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

A n f r a g e:

1. Welche Maßnahmen zur Einrichtung der Berufsorientierung im Sinne des zit. Erlasses wurden bisher von den Landesarbeitsämtern gesetzt ?
2. Welche Vorkehrungen wurden für die finanzielle Absicherung dieser Maßnahmen im Bundeshaushaltsvoranschlag 1987 getroffen ? In welcher Höhe wurden Mittel für die Einrichtung bereitgestellt ?

- 2 -

3. Warum wurden im Bereich einzelner Landesarbeitsämter entgegen den Bestimmungen dieses Erlasses die Berufsorientierungsmaßnahmen im laufenden Jahr gestrichen ? Sind solche Bildungsmaßnahmen bundesweit von Streichungen bedroht bzw. ist die geplante Einrichtung solcher Maßnahmen gefährdet ?
4. Entsprechend dem Erlaß findet seit Februar 1987 ein halbjähriger Lehrgang mit Teilnehmer/innen aus ganz Österreich zur Ausbildung von Trainern für diese Berufsorientierungsmaßnahmen (Ausbildung zum Sozial- und Berufspädagogen) statt.
Welcher budgetäre Rahmen steht für die Implementierung dieser Maßnahmen mit den dafür ausgebildeten Fachkräften in den Bundesländern zur Verfügung und welche Bildungsträger sind von den einzelnen Landesarbeitsämtern dafür beauftragt worden ?